

Sucht- und Drogenhilfe

Ein ideologischer Kampf

Drogenkonsumräume für opioidabhängige Menschen gibt es seit 30 Jahren in Deutschland, jedoch nur in acht Bundesländern. Experten aus der Suchthilfe sind von der Notwendigkeit dieses Angebots überzeugt, allein schon um Todesfälle zu vermeiden.

Drogenkonsumräume für opioidabhängige Menschen sollten in allen Bundesländern vorgehalten werden. Darauf hat der Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik (akzept) anlässlich des 30-jährigen Jubiläums des Angebots in Deutschland hingewiesen. „Drogenkonsumräume verhindern Überdosierungen und Todesfälle, es werden hygienische Konsumbedingungen vorgehalten, die das Risiko für HIV und Hepatitis reduzieren, und Konsumenten können dort über Risiken ihres Konsums beraten werden“, erklärte Prof. Dr. Heino Stöver von akzept Ende September bei einer Pressekonferenz. Darüber hinaus entlasteten Drogenkonsumräume den öffentlichen Raum, weil nicht auf der Straße konsumiert werden müsse, ergänzte er.

Der Professor für sozialwissenschaftliche Suchtforschung an der Frankfurt University of Applied Sciences bedauerte, dass es dieses Angebot bisher nur in acht Bundesländern und an 32 Standorten gibt. „Es war und ist immer noch in jedem Bundesland ein ideologischer Kampf um jeden Drogenkonsumraum“, erinnert er sich. Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt konnten bisher nicht überzeugt werden. In der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt Kiel sei man inzwischen „in den Startlöchern“ für einen Drogenkonsumraum.

Mehr Drogentote als jemals zuvor

Das Bundesland Bayern habe besonders hohe Drogentodeszahlen, betonte der Experte. Dennoch werde dort ausschließlich auf die Drogennotfallprophylaxe mit Naloxon gesetzt, einem Wirkstoff, mit dem auch Laien Überdosierungen von Opioiden aufheben können. Naloxon sei aber immer nur „Plan C“, nach Drogenkonsumräumen, Substitutionsbehandlung und Diamorphin-Ambulanzen. In Letzteren können sich schwerstkranke opioidabhängige Menschen synthetisch hergestelltes Heroin, also Diamorphin, unter ärztlicher Aufsicht intravenös verabreichen.

Generell sind 2023 mehr Menschen in Deutschland durch ihren Drogenkonsum gestorben als jemals zuvor. Das Bundeskriminalamt hat 2 227 drogenbedingte Todesfälle

registriert – etwa doppelt so viele wie vor zehn Jahren und rund zwölf Prozent mehr als im Vorjahr.

Gefragt nach den Gründen für den Anstieg der Todesfälle sagte Stöver: „Man kann hier nur spekulieren, aber wir sehen einen zunehmenden polyvalenten Drogenkonsum, hochpotente synthetische Opiode wie Fentanyl fluten den Markt und treffen auf immer älter werdende vulnerablere drogenabhängige Menschen.“ Drogenkonsumräume und im besten Falle dort direkt eine Analyse der Substanzen (Drug-Checking) könnten Drogentodesfälle verhindern helfen, so der Experte.

„Drug-Checking muss unbedingt auch in Drogenkonsumräumen ermöglicht werden“, forderte Nina Pritzens, Geschäftsführerin von vista, Verbund für integrative so-

„Drug-Checking muss unbedingt auch in Drogenkonsumräumen ermöglicht werden – es ist dort oftmals lebensrettend.“

Nina Pritzens, Geschäftsführerin der Suchthilfeeinrichtung vista

ziale und therapeutische Arbeit mit dem Schwerpunkt Substanzkonsum in Berlin. Denn dort sei eine Substanzanalyse oftmals lebensrettend, gerade im Hinblick auf das immer potenter werdende Opioid Fentanyl.

In Berlin gebe es seit 20 Jahren Drogenkonsumräume, inzwischen an fünf Standorten und mobil. „Überall sind die Nutzungszahlen hoch, wir erreichen neben Opioid- auch Crackkonsumenten, die in anderen Hilfsangeboten nicht ankommen“, berichtete Pritzens.

Die Möglichkeit für das Drug-Checking illegaler Substanzen wurde im Juni 2023 durch Änderungen im Betäubungsmittelgesetz festgeschrieben, mit denen die Bundesländer Modellvorhaben errichten können. Dabei wurde geregelt, dass Drug-Checking künftig auch in Drogenkonsumräumen möglich sein kann. In keinem Bundesland liege jedoch eine entsprechende Rechtsverordnung vor. Drug-Checking wird seit Juni 2023 in Einrichtungen der Drogenhilfe im Rahmen eines Modellvorhabens in Berlin angeboten. In Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern gibt es legale Angebote mobilen Drug-Checkings auf Musikfestivals. In den übrigen Bundesländern werden den Experten von akzept zufolge „wieder ideologische Debatten geführt“. **Petra Bühring**